Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 6.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.80 Mark, monatlich 5.60 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und dem Bezirk 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 2.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 187. Freitag, den 12. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichskanzler hat den Reichstagspräsidenten Löbe und den Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Abg. Dr. Stresemann telegraphisch zu einer Besprechung nach Berlin gebeten.

•

Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß Briand gestern abend die englische Delegation davon verständigte, daß er schließlich die Sforzalinie annehmen werde, die Polen den Westteil des Industriebezirkes, besonders Gleiwitz, Kattowitz und Tarnowitz zuteilt.

•

General Haller besichtigte die oberschlesischen Insurgentenregimenter und hielt Ansprachen, in denen er die Truppen ermahnte, sich zum letzten Entscheidungskampf bereitzuhalten.

•

Das Reuterbüro erfährt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß die Antwort Devaleras eine Fortsetzung der Verhandlungen wahrscheinlich macht und nicht darauf berechnet ist, ihren Verlauf in der Zukunft zu gefährden.

Kanzler-Rede bei der Verfassungsfeier.

Der zweite Geburtstag der Reichsverfassung wurde gestern im Alten Berliner Opernhause in einer schlichten Feier begangen, zu der sich jedoch, wie es selbstverständlich war, die Spitzen des gesamten Deutschlands zusammengefunden hatten. Man sah den Reichspräsidenten, die Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der einzelnen Länder, in großer Anzahl Mitglieder des Reichstages, den Rektor der Berliner Universität und andere Mitglieder wissenschaftlicher und künstlerischer Körperschaften. Dazwischen auch Militär. Das Hauptstück der Feier, die Rede des Reichskanzlers, wurde eingerahmt von der Freischütz-Ouvertüre und dem letzten Satz der C-Moll-Sinfonie von Beethoven, der ja mit Gottfried Keller zusammen der am meisten ausgesprochene Demokrat unter unseren Geistesheroen gewesen ist. Die Rede des Reichskanzlers lautete wie folgt:

Herr Reichspräsident! Geehrte Versammlung!

In ernster Stunde haben wir uns zusammengefunden, um gemeinsam den Tag zu begehen, an dem vor nunmehr zwei Jahren in Weimar das Verfassungswerk beendet worden ist. In ernster Stunde sind wir zusammengekommen, in einer Stunde, in der über das Schicksal Deutschlands, vielleicht auch Europas, drüben in Paris die Würfel geworfen werden. Darum keine laute Feier, kein äußerer Glanz! Wohl aber ziemt es uns, in einer Stunde ruhigen und ernsten Besinnens Rückschau zu halten auf den Weg, den unser Staat nach der großen, schrecklichen Katastrophe der Umwälzungen gegangen ist hinauf zu der Verfassung, die das Volk sich gegeben hat, auf den Organismus, in dem sich das höhere Streben des politischen Menschen betätigt. Wir wollen in dieser Stunde uns Rechenschaft geben über den Zustand dieses Staates, über unsere Einstellung in diesem Staat. Alle diejenigen, die das Volk zu Trägern des heutigen Staatsgedankens berufen hat, sehen wir an dieser der Kunst und Kultur geweihten Stätte versammelt, den Präsidenten des Deutschen Reiches als ersten Repräsentanten der demokratischen Republik, um ihn geschart die Mitglieder der Reichsregierung, die Reichsminister, die zur Leitung der Geschäfte berufen sind, und die Abgeordneten als Vertreter des deutschen Volkes, die kraft der Verfassung an dem inneren Geschick unseres Landes mitwirken. Wir sehen ferner Vertreter der Länder, die das Reich in sich schließt. Es sind anwesend hervorragende Führer unseres sozialen und schaffenden Lebens, Vertreter aller Stände und Kreise, Männer der Kunst und Wissenschaft, Männer des werktätigen Lebens, die Beamten und Angehörigen der Wehrmacht, denen der Schutz der Verfassung und des Staates anvertraut ist. Die Männer, die wir hier sehen, sind zwar die Spitzen großer Körperschaften, Behörden und machtvoller Organisationen weiter Kreise des deutschen Volkes, aber sie sind noch nicht das ganze Volk. Auch unser Ideal wäre es gewesen, was die freiheitlichen demokratischen Dichter, insbesondere Gottfried Keller, ersehnten und besangen, an einem frohen Sommertage das ganze Volk zum Fest des freien Volksstaates zu vereinen und bei Spiel und guten Reden den Bund des Volkes zu besiegeln. Noch ist dieses Ziel, diese Zeit, wo das in Erfüllung geht, nicht gekommen. Aber wir hoffen, daß der große demokratische Leitgedanke, der uns heute zusammengeführt hat, in nicht zu ferner Zeit Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werde. Dieser Gedanke verbannt gewiß nicht die ungeheuer brennenden Gegensätze in unserem Volke, zwischen den Klassen, zwischen Besitz und Arbeit, zwischen denen, die noch rückwärts schauen und um die alte Herrlichkeit trauern, und denen, die stürmisch und leidenschaftlich, vielleicht manchmal allzu stürmisch vorwärtsdrängen.

Soll alles nicht alles in Katastrophe gehen, so ist die Ueberwindung des Gegensatzes, das Voraussetzen gegenseitigen Verstehens, unumgänglich anzubahnen. Wir müssen auch, wenn wir das wollen, wenn wir zur Verständigung und Versöhnung kommen wollen, die letzten Wurzeln unseres Strebens bloßlegen und die lautersten Motive unseres Handelns angeben, wenn dieses Ziel überhaupt erreichbar sein soll. Nun, wir werden offensprechen: Das Ziel und der Sinn unserer politischen Lebensarbeit ist die Rettung des deutschen Volkes, ist die Sicherung seiner nationalen Einheit und die Wiederbegründung seiner materiellen Wohlfahrt. Beides ist nach unserer Auffassung nur möglich durch eine demokratische, einheitliche deutsche Republik.

So findet der deutsche nationale Gedanke seinen festen Ausdruck in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Wir feiern heute die zweite Wiederkehr ihres Geburtstages. Wir alle waren Zeugen der gewaltigen Vorgänge der letzten Jahre. Niemand ist in diesem Saale, dessen innerste Seele nicht aufgewühlt wurde bis zum tiefsten Grunde, der nicht Erinnerungen in sich hat, die niemals ausgelöscht werden können. Ich darf all das Schmerzliche in allen Einzelheiten in dieser Stunde nicht in Erinnerung bringen; es wird auch übertönt durch die Sorgen über die großen Entscheidungen, die in der Gegenwart drüben an der Seine fallen. Wenn wir vergleichen, was vor zwei Jahren war, all die dunklen Prophezeiungen vom Sturze in den Abgrund, und damit in Vergleich setzen das heutige Maß der Befriedigung, so wird uns erst die Bedeutung des Verfassungswerkes klar. Die Geschichte wird es dereinst als eine Großtat des deutschen Volkes vermerken, daß Arbeiterschaft und Bürgertum, die widerstrebendsten Interessen, sich zum nationalen und sozialen Wiederaufbau in der Nationalversammlung zusammengefunden haben. Die Verfassung im einzelnen ist Menschenwerk, viele ihrer Einzelheiten sind durch die Zeit ihrer Entstehung bedingt: aber die großen Prinzipien der Verfassung werden von Bestand bleiben. Das ist die Ableitung der staatlichen Gestaltung vom Volkswillen, das heißt die Demokratie durch gewählte Vertreter, die Versöhnung der Klassen und Stände durch sozialen Geist der Gesetze und, alles überragend, die Aufrechterhaltung der Einheit des Reiches. Trotz aller Stürme hat diese sich aufrechterhalten. Im Juni 1919, im Januar 1920, im März 1920 und bei den Abstimmungen in Schleswig-Holstein, Westpreußen und Oberschlesien hat die demokratische Republik ihre Anziehungskraft bewiesen.

Die Abstimmung in Oberschlesien war kein leerer Schein, und wer gesehen hat, daß die, die dort votiert haben, abgestimmt haben aus ernstem Herzen, der weiß, daß dieses Bekenntnis zum Deutschtum durch keine Beschlüsse aus der Welt geschafft werden kann. (Bravo!)

Kann der Krieg liquidiert werden, wenn ein Teil des Volkes in Ablehnung steht zum Volksstaat? Nein! Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte, nur durch Mitwirkung auch der breiten Masse des Volkes wird es uns möglich sein, das schwere Schicksal zu tragen und nach Jahren der Opfer und Arbeit schließlich auch zu meistern. Ueber allen Sorgen des Aufbaues der Verfassung steht aber die Sorge des Augenblickes, die Sorge um das Schicksal Oberschlesiens. Wir sind uns klar darüber, daß Oberschlesien auch über das Geschick Deutschlands und adäquat damit auch über das Europas bedeutende Entschlüsse gefaßt werden. Lassen Sie mich noch einmal der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Männer in Paris sich der Schwere dieser Verantwortung bewußt sein mögen und zu einer gerechten Entscheidung kommen. Deutschland hat Lasten auf sich genommen, wie sie noch keinem Volke in der Geschichte zugemutet worden sind, und hat daher ein Recht zu hoffen und zu verlangen, daß man uns nicht die Schaffensmöglichkeit nimmt. Wir müssen trotz allem mit Optimismus an das Werk gehen. Das deutsche Volk will sein Recht und erarbeitet sich sein Brot in täglichem Schaffen. Wehe denen, die diesem Volke, das guten Willens ist, Steine reichen. Ein Volk, das den Weg des deutschen Volkes von 1918 bis 1921 gegangen ist, hat Anspruch auf adäquates Daseinsrecht. Zum Schluß wies der Reichskanzler auf die Eingangsworte der Verfassung hin und schloß: Der Weg der Freiheit und der Gerechtigkeit ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Wir werden den Gedanken der sozialen Freiheit und Wohlfahrt und des Fortschritts pflegen trotz allem.

Das Gleichgewicht im Steueraufbau.

W. W. In den Begleitworten der Regierung zu den neuen Steuervorlagen heißt es, daß das Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Steuern gewahrt worden sei. Eigentlich ist dies Gleichgewicht mehr eine theoretische Spielerei, da in der harten Wirklichkeit die Dinge ein solches Gleichgewicht garnicht herzustellen ist. Unsere finanzwissenschaftliche Erkenntnis ist über die Begriffsbestimmungen bei direkten und indirekten Steuern noch nicht hinausgelangt, die Ende der siebziger Jahre bei den Kämpfen um die Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik formuliert wurden. Indirekte Steuern haben den finanztechnischen Vorzug, daß ihre Veranlagung und Erhebung verhältnismäßig wenig Kosten verursacht. Ebenso zeichnen sie sich dadurch aus, daß sie nicht gut umgangen werden können, wie das bei direkten Steuern vielfach der Fall ist. Daß sie abgewälzt werden, ist in ihrer Art begründet, wird auch von den Steuertechnikern allgemein vorausgesetzt und als unvermeidlich hingenommen. Weiter ist zu beachten, daß sie eine gleichmäßige Belastung herbeiführen, also damit den ersten Grundsatz der Demokratie verwirklichen. Gewiß, die Belastung selbst macht sich nach der Höhe des Einkommens mehr oder weniger fühlbar. Im allgemeinen gilt aber die Regel, daß auch die Verbraucher die Steuer abwälzen, daß z. B. Gehalts- und Lohnempfänger nach jeder Erhöhung der indirekten Steuern auch eine Erhöhung ihres Einkommens erreichten.

Es wird überhaupt bei der Steuerkritik zu wenig darauf geachtet, daß in der Regel alle Steuern, die direkten wie die indirekten, abgewälzt werden. Der Träger ist am Ende aller Enden also nicht der einzelne Pflichtige, sondern die Gesamtwirtschaft. Aber gerade sie kennt für die Tragfähigkeit Grenzen. Häufen sich die Steuern, so droht der Wirtschaft die Gefahr, die Preise für die Erzeugnisse so hinaufschrauben zu müssen, daß der Absatz im In- und Auslande erschwert wird. Wir können also an sich mit dem Begriff des Gleichgewichts bei direkten und indirekten Steuern nicht viel anfangen. Direkte Steuern müssen überdies von allen physischen Personen mit eigenem Einkommen bezahlt werden, es sei denn, daß dies Einkommen unterhalb der Mindestgrenze für die Lebensfristung liegt. Auch hier zeigt sich, daß die Unterscheidung nicht brauchbar ist, daß sich nicht sagen läßt, die direkten Steuern belasteten die Besitzenden, während die indirekten Steuern hauptsächlich für die Nichtbesitzenden eine Last darstellten. Im Gegenteil, auf den Kopf umgerechnet ist der Anteil an den indirekten Steuern bei den Besitzenden erheblich höher, als bei den Nichtbesitzenden, da die Besitzenden mehr bezw. teurere Genußmittel verbrauchen als die Nichtbesitzenden. Bei der Steuerkritik ist vielmehr davon auszugehen, ob die Gesamtbelastung für die Wirtschaft erträglich ist. Diese Belastung ist erträglich, solange die Steuern aus den Einkünften der Wirtschaft bezahlt werden. Gehen sie darüber hinaus, greifen sie dauernd in den Vermögensbestand, so muß das in absehbarer Zeit zum Erliegen der Wirtschaft führen. Es kann allerdings unter besonderen Verhältnissen geboten sein, einen Eingriff in den Vermögensbestand zu wagen, dann, wenn auf anderem Wege eine drückende Last nicht abzubürden ist. Wird der Eingriff in den Vermögensbestand eine öfter wiederkehrende Maßnahme, so vermindert sich selbsttätig auch das Betriebskapital, das die Voraussetzung und Vorbedingung jeder wirtschaftlichen Erzeugung ist. Eine vermehrte Erzeugung ist aber schon deshalb notwendig, weil die Bevölkerung wächst und mit Arbeit und Verdienst versorgt werden muß. Neue Fabriken, neue Unternehmungen entstehen nicht ohne weiteres, sondern sind in allen Fällen das Ergebnis befruchtender Entwicklung. Soll also von einem Gleichgewicht im Steueraufbau die Rede sein, so kann das nur den Sinn haben, daß die Steuern für die Pflichtigen sowohl als für die Wirtschaft erträglich sind.

Krisis in den Pariser Verhandlungen?

Noch keine Einigung erzielt!

Lloyd George und Lord Curzon verhandelten gestern vormittag von 8¼ bis 11¼ Uhr im Hotel Crillon mit Briand und Loucheur. Wie die Agence Havas berichtet, ist in dieser Unterredung eine Einigung über die oberschlesische Grenzfrage nicht erzielt worden. Die Sachverständigen vollendeten den Bericht und legten ihn im Sekretariat der Konferenz nieder. Er stellt eine größere Anzahl autonomer sogenannter Inselchen innerhalb des Industriebezirkes fest, die als unteilbare Einheiten bezeichnet werden. Jetzt müsse zwischen den einzelnen Enklaven die Grenzlinie gezogen werden. Diese Aufgabe sei nicht nur technisch, sondern politisch und ethnographisch. Auch eine Nachricht der Agence Havas besagt, daß die Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Ministern am Vormittag zur Erzielung einer Einigung über die weit auseinandergehenden Standpunkte noch zu keiner Einigung geführt haben, jedoch fortgesetzt werden. Jedenfalls werde, wenn bis zum Abend keine Einigung sich ergebe, in der Nachmittagssitzung des Obersten Rates nicht über die oberschlesische Frage verhandelt, sondern in der Tagesordnung fortgefahren. Die Nachricht weist darauf hin, daß kein Grund zu Pessimismus vorhanden sei, da bei den Verhandlungen früherer Konferenzen sich ähnliche Krisenzustände gezeigt hätten, die immer zu einer vermittelnden Lösung geführt hätten. Im Gegensatz hierzu steht folgende Meldung:

Eine kritische Wendung?

Abreise Lloyd Georges wegen der irischen Frage. — Ein Vorwand? — Neue Weisungen an die Sachverständigen.

Lloyd George hat Briand gestern nachmittag mitgeteilt, er sei gezwungen, heute wegen der irischen Frage nach London zu reisen, um am Sonnabend an